



++ Veranstaltungstipp ++

Die kleinste AIDS-Gala der Welt

Am 1. Dezember ist Welt-AIDS-Tag. Aus diesem Anlass veranstaltet der Verein vielbunt die „Kleinste AIDS-Gala der Welt“ und lädt ins „Zucker“ in der Liebfrauenstraße 66 ein. Durch den Verkauf von Glühwein und Plätzchen werden Spenden für die Darmstädter AIDS-Hilfe gesammelt. Für Stimmung sorgt die Darmstädter Drag Queen Rosa Opossum. Alle Künstler, Helfer, Bäcker arbeiten an dem Tag gratis. Essen, trinken, ein Unterhaltungsprogramm – und alles für einen guten Zweck!

Donnerstag, 1.12.2011, 18-22 Uhr
Ort: „Zucker“, Liebfrauenstraße 66,
Darmstadt

Brief aus Berlin



www.brigitte-zypries.de



direkt gewählt - direkt erreichbar

30. November 2011

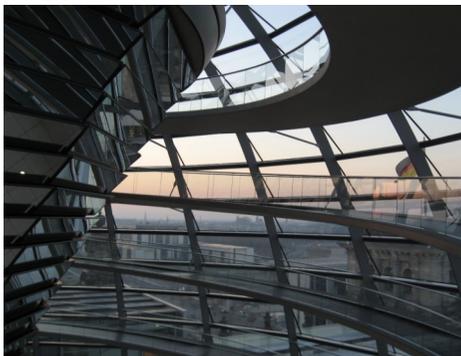
Liebe Leserin, lieber Leser,

am letzten Samstag war ich in Köln – im Deutschen Sport- und Olympiamuseum wurde der Behindertensportler des Jahres gekürt. Daniel Simon aus Darmstadt, den sicher neben mir auch viele von Ihnen bei der Wahl unterstützt haben, hat es leider nicht geschafft. Ausgezeichnet wurde Gerd Schönfelder, der Ausnahmeskiläufer, der seine Karriere nun beendet. Ihm gilt ein herzlicher Glückwunsch und für Daniel Simon gilt: Die Karriere ist hoffentlich noch lang und nächstes Jahr wird wieder der Behindertensportler des Jahres gewählt!

Neben den Bundestagssitzungen beschäftigt sich die SPD-Fraktion in dieser Woche auch noch mit der Vorbereitung des SPD-Parteitages. Vom 4. bis 6. Dezember wird in Berlin der Ordentliche Parteitag stattfinden. In 20 Städten haben Sigmar Gabriel und Andrea Nahles in den vergangenen Wochen mit Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten diskutiert. Über die inhaltlichen Vorschläge, die auf dem Parteitag beraten werden, und über die Parteireform. Ich bin gespannt, wie der Parteitag abstimmen wird. Am Sonntag, dem 4. Dezember, wird zunächst Helmut Schmidt eine Rede halten, bevor der Parteitag offiziell eröffnet wird. Ich werde dabei sein – auch noch am 5. Dezember morgens. Dann allerdings fahre ich zum IT-Gipfel nach München. Dort gilt es wieder, die große Bedeutung von Darmstadt und der Region in der IT-Branche zu verdeutlichen.

Herzliche Grüße aus Berlin von

Euer /Ihrer Brigitte Zypries



++ Frauenprojekte gesucht ++

Alle zwei Jahre lobt der Landkreis Darmstadt-Dieburg den Dr. Dagmar-Morgan-Preis aus. Diesmal werden hervorragende Leistungen zur Förderung von Mädchen und Frauen im Bereich Informationstechnologie (IT) / Neue Medien geehrt. Aufgerufen sind nicht nur Frauengruppen oder einzelne Personen, sondern auch Beratungsstellen und Unternehmen, die ihre Projekte und Aktionen zur Förderung von Mädchen und Frauen im Bereich IT veranschaulichen möchten.

Bewerbungsschluss ist der 20. Januar 2012. Die Preisverleihung findet am 8. März 2012 - am Internationalen Frauentag - in Ober-Ramstadt statt.

Mehr Infos und das Bewerbungsformular finden Sie unter:
<http://www.morgan-preis.de/>

Den Rechtsextremismus bekämpfen!

Bei facebook hatte ich letzte Woche schon die Gartenzwerg-Postkarte der Jusos: Nazis stoppen! gepostet. Denn es stimmt: **Es ist unsere Aufgabe, neonazistischen Tendenzen überall, wo sie uns begegnen, entgegenzutreten.** Dass die Straftaten der Mördergruppe, die in den vergangenen Jahren mindestens neun Menschen in Deutschland umgebracht hat, vollständig aufgeklärt werden müssen, ist selbstverständlich. Ebenso selbstverständlich ist, dass der Deutsche Bundestag aufgerufen ist, das Versagen der Sicherheitsbehörden in dem Zusammenhang zu klären. Ob wir dazu einen Untersuchungsausschuss beantragen werden, ist noch nicht klar. Wir wollen zunächst sehen, ob nicht ein parteiübergreifendes Gremium schneller in der Aufarbeitung wäre.

Zur Bekämpfung des Rechtsextremismus gehört auch, dass wir Mittel bereitstellen, um bei der Erziehungsarbeit diejenigen vor Ort zu unterstützen, die sich engagieren. Dazu stehen im Haushalt von Kristina Schröder Mittel bereit, die jedoch von ihr für diesen Haushalt gekürzt werden sollten. Dem hat der Fraktionsvorsitzende der CDU/CSU-Fraktion Einhalt geboten – die Mittel wurden wieder aufgestockt und Frau Schröder handelte sich harsche Kritik ein. Ein weiteres Versagen der Bundesfamilienministerin!

Die SPD macht diese Woche auf ein weiteres Versäumnis aufmerksam: „Rechtsextremismus vorbeugen – unsere Demokratie braucht gute politische Bildung und eine starke Bundeszentrale für politische Bildung“. Unter dieser Überschrift beantragen wir, die Kürzung der Mittel für die Bundeszentrale für politische Bildung zurückzunehmen. **Insgesamt 3,5 Millionen Euro weniger sollen für die wichtige politische Arbeit der Bundeszentrale zur Verfügung stehen.** Die politische Bildung vorsätzlich derart zu schwächen, zeugt von kurzsichtiger Politik. Der Wert der politischen Bildung darf nicht verkannt werden! Dies schadet unserer Demokratie nachhaltig!

Die außerschulische Bildung ist nämlich keine Pflichtaufgabe der Kommunen. Wir alle wissen auch, dass die Kommunen weithin unterfinanziert sind. Deshalb werden sie auch die Kürzungen nicht auffangen können. **Das heißt, dass die politische Bildung gerade in den Regionen zurückgeht, die besonders unter der Finanznot leiden – und dies sind in der Regel auch die Regionen, in denen potenziell rechtes Gedankengut leichter wächst.**



Ein Wort zum Brief aus Berlin

Der Brief aus Berlin ist eine Information für die Bürgerinnen und Bürger aus meinem Wahlkreis. Ich möchte meine Arbeit in Berlin so transparent und bürgernah wie möglich gestalten. Sie können mir dabei helfen, indem Sie mir Ihre Wünsche und Verbesserungsvorschläge mitteilen und den Brief aus Berlin an Freunde und Bekannte weitergeben. Sie können diesen Newsletter gerne über mein Büro in Berlin abonnieren: Schreiben Sie einfach eine E-Mail mit dem Betreff *Brief aus Berlin* an brigitte.zypries@bundestag.de.

V.i.S.d.P.: *Brigitte Zypries, MdB*
Platz der Republik 1
11011 Berlin

Fotos:

Jara Schock (S. 2)

[aboutpixel/Steve_ohne_s](#) (S. 3)

UN-Konvention jetzt umsetzen! Chancen für eine inklusive Gesellschaft nutzen

Am Donnerstag vormittag beschäftigt sich der Bundestag mit der Situation von Menschen mit Behinderungen. Es gibt mehrere Anträge der Oppositionsfraktionen, die fordern, die Lebenssituation der Menschen mit Behinderung zu verbessern. Auch die SPD hat einen Antrag gestellt.

Der Antrag der SPD „UN-Konvention jetzt umsetzen - Chancen für eine inklusive Gesellschaft nutzen“ fordert, dass die UN-Behindertenkonvention endlich umgesetzt wird. Dieses Übereinkommen der Vereinten Nationen über die Rechte von Menschen mit Behinderungen wurde schon am 13. Dezember 2006 - also vor fast genau fünf Jahren - von der Generalversammlung angenommen und Deutschland hat es drei Monate später ratifiziert. **Damit ist Deutschland dazu verpflichtet sicherzustellen, dass die rund acht Millionen Menschen mit Behinderungen, die hier leben, gleichberechtigt teilhaben können.** Teilhaben bedeutet dabei, dass sie in keinem Lebensbereich diskriminiert werden und dass sie ihre bürgerlichen, kulturellen, politischen und sozialen Rechte garantiert wahrnehmen können. Es muss deshalb dringend überprüft werden, ob es geltendes deutsches Recht gibt, dass mit der UN-Konvention nicht übereinstimmt. Und wenn ja, muss dieses Recht geändert werden.

Behinderung ist kein „Defekt“ des Menschen, sondern entsteht erst dort, wo Menschen, die in irgendeiner Weise beeinträchtigt sind, auf Barrieren treffen - Barrieren können genauso Treppenstufen sein wie Vorurteile. Es gibt sie überall in unserem Alltag. Deshalb brauchen wir umfassende Barrierefreiheit – baulich, aber auch in den Köpfen. Das ist die Voraussetzung für gleichberechtigte und selbstbestimmte Teilhabe an der Gesellschaft.

Eine barriere- und diskriminierungsfreie Gesellschaft, die niemanden ausschließt und jedermanns Potentiale und Besonderheiten einbezieht, ist für die gesamte Gesellschaft ein Gewinn.